

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einjährl. Postbefreiungsbüch., nur Postbezug, Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 7. Juli 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 77

Unser Verband im Jahre 1920

In der gegenwärtigen Zeit, wo das Unternehmertum im allgemeinen wie auch in unserm Gewerbe im besondern von Tag zu Tag kühner das Haupt erhebt, um die Errungenschaften der politischen Umwälzung für das werktätige Volk wider illusorisch zu machen und seine wirtschaftliche Vorherrschaft wieder aufs neue auszurichten, dürfte es mehr als je zuvor eine der ersten Aufgaben jedes Verbandsmitgliedes sein, zu prüfen, wie es um unsre Organisation im großen wie im kleinen steht. Der vor kurzem den Mitgliedern in staltlicher Bruchform von nahezu 100 Seiten überreichte „Bericht über das Jahr 1920“ verdient als zuverlässigster Wegweiser auf diesem Gebiete von allen Mitgliedern des Verbandes der Deutschen Buchdrucker beurteilt und studiert zu werden. Denn wie ein roter Faden ziehen sich durch diese prinzipielle wie materielle Rechenschaftsurkunde aller an erster Stelle verantwortlichen Organisationsführer die harten Tatsachen des realen Lebens, das unerbilligte Fazit gewerkschaftlicher Praxis gegenüber aller grauen Theorie.

Wohl ist nur das Vergangene darin festgehalten; es wird gezeigt, was geschehen ist, was erstrebt und was erreicht wurde. Daraus ganz bestimmte Schlüsse für die Zukunft zu ziehen, wäre unklug; denn auch hier könnte man mit Wilhelm Busch nur sagen: denn erstens kommt es anders und zweitens als man denkt! Aber das eine ist sicher, was sich von unigen Kollegen in objektiver Weise der Mühe unterzieht, diesen Jahresbericht auf sein ideales wie materielles Spiel und Haben zu prüfen, sich außerdem die Frage vorlegt und zu beantworten sucht, was er selbst als Teil des großen Ganzen am Werke mitgeschafft hat, der wird finden, daß wohl sehr viel versucht und vollendet, noch mehr aber für die Zukunft in Angriff zu nehmen und weiter zu führen ist, und zwar nicht nur durch die berufenen Führer der Organisation allein, sondern vielmehr mit kollegialer Unterstützung jedes einzelnen Kollegen im wohlverstandenen eignen Interesse.

Schon auf der ersten Seite des Jahresberichts werden kurz und summarisch noch einmal die Wirkungen des Stapp-Pulses, die schon im vorigen Jahresbericht in Hinblick auf das Abkommen Illstein-Seib erläutert wurden, in Erinnerung gerufen. Und man kann ruhig sagen, daß von den Folgen dieses politischen Weltzustandes die gesamte deutsche Volkswirtschaft heute noch nicht vollständig geheilt ist. Wohl gelang es der damals doch noch stärker zusammenhaltenden gewerkschaftlichen Macht der deutschen Arbeiterklasse, jenes Attentat auf das neue Deutschland im Sinne zu verhindern, aber eine völlige Zurückdrängung der militaristischen, feudalen und kapitalistischen Volksfeinde ist nicht gelungen. Denn statt die dazu erforderliche Geschlossenheit der Arbeiterklasse zu wahren und zu festigen, haben sich alle nur möglichen Spaltspitze von rechts wie links immer dreister innerhalb der Arbeiterklasse eingenistet und Anlaß zu doktrinären Auseinandersetzungen gegeben, unter deren Nebel sich das Unternehmertum wieder fester zusammenschließen konnte, um von Monat zu Monat rücksichtsloser aus ihrer durch die Revolution bedingten Dellenflut zur Offensive, d. h. offen mit Abbaulandungen vorzugehen.

Die vom Deutschen Buchdruckerverein im vorigen Jahr ausgesprochene Kündigung des Tarifs entsprach ebenfalls der reaktionären Parole des privatkapitalistischen „Wiederaufbaues“. Die Prinzipale erstrebten eine „Hebung der Produktion durch gesteigerte Leistungsfähigkeit“, durch restlose Ausnutzung der Maschinen- und Menschenkraft mit der Ausdehnung des Stücklohns auch auf die Druckmaschinen. Den Wochenlohn wollten sie durch den Stundenlohn als Bezahlung für nur wirklich geleistete Arbeit ersetzen. Von den Ferienverpflichtungen und einer Entschädigung für Kurzarbeit wollten sie sich ebenfalls befreien. Auch bezüglich des Lehrlingswesens wollten sie reaktionären Forderungen Rechnung tragen. Demgegenüber forderte die Gehilfenschaft gemäß den Beschlüssen der Nürnberg Generalversammlung unsres Verbandes den Ausbau der Tarifgemeinschaft auf einer sozialen Gemeinwirtschaft,

und zwar zunächst durch Errichtung eines paritätisch besetzten Wirtschaftsamts, Milderung der Arbeitslosigkeit durch Einstellung von Arbeitslosen auf bestimmte Gehilfenzahlen, Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden wöchentlich, Abschaffung jeder Akkordarbeit, Regulierung der Lehrlingsklassen mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit, Schaffung einer Ausgleichskasse für kinderreiche Familien und zur Durchführung von Ferien nach der Berufszugehörigkeit, Abschaffung der Sonntags- und Nachtarbeit sowie angemessene Erhöhung des Grundlohns.

Der nach vierwöchentlichen Verhandlungen zustande gekommene neue Tarif, dessen Gültigkeitsdauer vom 1. Januar 1921 bis 31. Dezember 1922 festgelegt wurde, hat für die Gehilfen neben einer mäßigen Lohnerhöhung eine Reihe Verbesserungen gebracht; die Verbleibungsanträge konnten größtenteils abgewehrt werden. Die allgemeine Einführung von Stundenlöhnen und die Akkordarbeit an Druckmaschinen wurden abgeschlagen. Die Berechnungspositionen für Sand- und Maschinenfabrik wurden wesentlich verbessert. Die Errichtung des von Gehilfen geforderten Wirtschaftsamts konnte nicht erzielt werden; dafür wurde zunächst ein sogenannter Sachauschuss eingesetzt, dem ein kleiner Teil der dem Wirtschaftsamts zugeordneten Aufgaben zufällt. Die Lehrlingskassa wurde wesentlich verbessert und die inzwischen wieder stark untrifflene Lehrlingsordnung vom Tarifauschuss anerkannt. Die Schaffung eines Manteltarifs für das gesamte graphische Gewerbe konnte noch nicht erreicht werden; doch gelang es, wenigstens für die Hilfsarbeiter endlich einen Reichstarif dem Deutschen Buchdrucker tarif anzuschließen. Auf dem Wege der jetzt neuzugelassenen Arbeitsbindung wurde der Tarif auf Gehilfenseite mit 40259 gegen 24257 oder mit 62,4 gegen 37,6 Proz. der abgegebenen Stimmen angenommen.

Wie im Verhältnisse zu der sonstigen Steigerung aller Lebenshaltungskosten ganz unzureichende Lohnfestsetzung im neuen Tarif führte schon im Dezember v. J. zu neuen Lohnforderungen, deren Beratung von den Prinzipalen jedoch bis Februar d. J. absichtlich verschleppt wurde. Ein beide Parteien sehr unbefriedigender Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums erfuhr nachträglich durch den Tarifauschuss eine Umwandlung in eine Wirtschaftsbefehle in drei Monatsklassen von 43,35, 52 und 65 Mk. für die Lohnklassen B und C, je nach den Lokalzuschlägen. Am Schluß des Jahres 1920 waren die tariflichen Mindestlöhne, je nach Lokalzuschlag, folgende:

Lohnkl. A (bis zu 21 Jahren) 169,— Mk. bis zu 256,75 Mk.
 „ B (21—24 Jahre) 175,— „ „ „ 263,— „
 „ C (über 24 „) 181,— „ „ „ 270,50 „

Für die Maschinenfabrik kamen hierzu Zuschläge von 23, 25 und 27 Mk., je nach Lokalzuschlag. Ab 1. Februar 1921 kamen hierzu noch die Sätze der monatlichen Wirtschaftsbefehle von 10, 12 und 15 Mk. auf die Woche umgerechnet für die Lohnklassen B und C. Inzwischen hat auch eine neue Regelung der Lokalzuschläge stattgefunden, die für einen Teil der Gehilfen unterschiedliche Verbesserungen brachte. In welcher Weise sich das Wirken des Verbandes auf materiellem Gebiete für die Kollegenschaft gestaltete, ergibt sich noch deutlicher aus einem Vergleiche der Steigerung des tariflichen Durchschnittslohns der verschiedenen Lohnklassen nach Vergleichen am Jahreschluß seit 1913, die wir den einschlägigen Feststellungen im Jahresberichte nachstehend noch ergänzend zur Seite stellen möchten.

Es betrug das Minimum für Ausgefertigte im ersten Gehilfenjahr Ende 1913 im Durchschnitt der höchsten und niedrigsten Lokalzuschlagsklasse 21,94 Mk., Ende 1920: 189,06 Mk., was eine Steigerung um 770 Proz. bedeutet. Das Minimum der Lohnklasse A (bis zu 21 Jahren) betrug Ende 1913 bei gleicher Berechnungsgrundlage im Durchschnitt 28,12 Mk., Ende 1920 dagegen 216,87 Mk., gleich einer Steigerung um 689 Proz. für Verbeiratete und 208,62 Mk. für Ledige, gleich einer Erhöhung um 642 Proz. — Das durchschnittliche Minimum der Lohnklasse B (Gehilfen von 21 bis 24 Jahren) betrug Ende 1913; 29,25

Mark, Ende 1920: 223 Mk. oder 663 Proz. mehr als Ende 1913 für Verbeiratete dieser Lohnklasse; für Ledige der Lohnklasse B mit durchschnittlich 214,75 Mk. Ende 1920 betrug die Steigerung 634 Proz. — Der tarifliche Mindestlohn der Lohnklasse C (Gehilfen über 24 Jahre) betrug Ende 1913: 30,94 Mk. im Reichsdurchschnitt, und zwar damals wie in den übrigen Lohnklassen ohne Unterschied für Verbeiratete oder Ledige; Ende 1920 betrug der tarifliche Durchschnittslohn für Klasse C (Verbeiratete) 230 Mk. oder 643 Proz. mehr; für Ledige der Klasse C mit einem Durchschnittslohn von 217,75 Mk. betrug die Steigerung 616 Proz. gegenüber 1913. Allen diesen Veränderungen auf dem Lohngebiet um 770 Proz. für Neuausgefertigte, 689 Proz. bzw. 642 Proz. für Lohnklasse A, 663 Proz. bzw. 634 Proz. für Lohnklasse B und 643 Proz. bzw. 616 Proz. für Lohnklasse C steht eine Erhöhung des allgemeinen Verbandsbeitrags von 1,20 Mk. Ende 1913 auf 4,50 Mk. (einschließlich 1 Mk. Ertragsbeitrag für Notstandsunterstützung an Arbeitslose, Surzarbeiter und Gemahregelle) bis 27. März 1921 oder um nur 275 Proz. gegenüber; wobei noch zu beachten wäre, daß im Februar und März d. J. zum Tariflohn noch die Wirtschaftsbefehle von 10 bis 15 Mk. wöchentlich auf vorstehend angegebene Durchschnittslohne nominal wie prozentual teilweise zugerechnet wäre. Hervorheben möchten wir noch, daß im Jahre 1920 eine Steigerung des Durchschnittslohns von 123,50 Mk. auf 245 Mk. zu verzeichnen ist, also um rund 100 Proz., während der Verbandsbeitrag nur eine solche von 2 Mk. auf 3,50 Mk. oder um 75 Proz. zu verzeichnen hatte. Ende 1920 war das Verhältnis zwischen Verbandsbeitrag und durchschnittlichem Tariflohn mit 3,50 Mk. und 245 Mk. wie 1 zu 70, während im Jahre 1913 das Verhältnis zwischen Verbandsbeitrag und Tariflohn wie 1 zu 25 war. Gewiß stehen die erreichten Lohnsätze erheblich unter dem erforderlichen Existenzminimum; aber es dürfte dennoch bei objektiver Beurteilung einleuchten, daß, gemessen an der niedrigen prozentualen Steigerung des Verbandsbeitrags, die Veränderungen auf dem Lohngebiete sehr wahrscheinlich stärker hätten sein können, wenn die Frage des Verbandsbeitrags weniger hinderlich gewesen wäre.

Der Mitgliederstand unsres Verbandes liegt im Jahre 1920 von 70432 auf 73002; der durchschnittliche Mitgliederstand war 27440. Im Ende des letzten vollen Friedensjahres, des Jahres 1913, das wir zum Vergleiche für die folgenden statistischen und finanziellen Einzelheiten ebenfalls heranziehen wollen, betrug der Mitgliederstand 68915; auf die 22 Gaue nach der Reihenfolge der Mitgliederzahl am 31. Dezember verteilt:

	1920	1913
	Prozent	Prozent
Berlin	18,2	17,7
Rheinland-Westfalen	11,8	11,5
Leipzig	8,3	8,5
Bayern	8,0	7,6
Württemberg	5,4	5,2
Ob- u. d. r. Saale	4,7	4,5
M. Rhein	4,6	4,6
Hannover	4,2	4,1
Frankfurt-Hess. n. e. Rhein	4,1	3,3
Ob- u. d. r. Elbe	4,0	3,4
Thüringen	3,9	3,5
Breslau	3,7	3,6
Saarburg-Elz	3,6	3,9
Erzgebirge u. Westfalen	2,4	2,1
Brandenburg	2,0	1,7
Sachsen	1,6	1,1
Schlesien	1,3	1,4
Mecklenburg-Lübbeck	1,2	0,9
Westpreußen	0,6	0,7
Polen	—	—
Schles.-Wehringen	0,2	0,7

Die Abrechnung der Verbandskasse verzeichnet am 1. April 1920 bis 31. März 1921 insgesamt 24775462,01 Mark. Die Einnahmen aus Beiträgen aus dem Jahre 1920 sind in dieser Gesamteinnahme mit 10298345,15 Mark verbucht; auf je ein Mitglied entfallen davon 141,07 Mk. oder rund 2,70 Mk. wöchentlich. Im Jahre 1913 beliehen sich die Einnahmen aus Beiträgen auf

3892003,50 Mh. oder im Durchschnitt auf 1,08 Mh. wöchentlich pro Mitglied am Jahreschlusse.

Die Reiseunterstützung erforderte im Jahre 1913 die Summe von 257831,10 Mh. oder 6,6 Proz. der Einnahmen aus den Jahresbeiträgen; im Jahre 1920 jedoch nur 45885,60 Mh. oder 0,4 Proz. der Jahresbeiträge.

Die Arbeitslosenunterstützung erforderte im Jahre 1913 insgesamt 1255995 Mh. oder 32,3 Proz. der Beitragselnnahmen; im Jahre 1920 erforderte dieser Unterstützungszweig 1931258 Mh. oder 18,7 Proz. der Beitragselnnahmen.

Die Unterstützung für Mahralung (§ 2 bzw. § 21 der Vorstandsschluß) erforderte im Jahre 1913 5574 Mh. oder 0,1 Proz. der Jahresbeiträge; im Jahre 1920 fielen auf diesen Zweig dagegen 438862 Mh. oder 4,3 Proz. der Jahresbeiträge; die Vervielfachung der sozialen Differenzen spiegelt sich in dieser Steigerung ganz deutlich wider.

Für Umzugskosten wurden im Jahre 1913 45346 Mark oder 1,2 Proz. der Einnahmen aus den Jahresbeiträgen gewährt; im Jahre 1920 belief sich die entsprechende Summe auf 50056 Mh. oder 0,5 Proz. der Jahresbeiträge.

Außerordentliche Unterstützungen erforderten im Jahre 1913 den Betrag von 1201 Mh. oder 0,03 Proz. der Jahresbeiträge; im Jahre 1920 wurden dafür 32527 Mark oder 0,3 Proz., also das Zehnfache, gewährt.

Unterstützung an vorübergehend Arbeitsunfähige (Kranke) wurde im Jahre 1913 in Höhe von 960425 Mh. oder 24,9 Proz. der Jahresbeiträge und im Jahre 1920 1030687 Mh. oder 10,1 Proz. der Jahresbeiträge ausgeben.

Die Invalidenunterstützung erforderte im Jahre 1913 381886 Mh. oder 9,8 Proz. der Jahresbeiträge und im Jahre 1920 570187 Mh. oder 5,6 Proz. der Jahresbeiträge.

Begräbniskosten waren im Jahre 1913 88745 Mh. oder 2,3 Proz. der Jahresbeiträge und im Jahre 1920 163086 Mh. oder 1,6 Proz. der Jahresbeiträge zu decken.

Der Rechtschutz in den Gauen kostete im Jahre 1913 408 Mh. oder 0,01 Proz. der Jahresbeiträge, gegen 3807 Mh. oder 0,04 Proz. der Jahresbeiträge im Jahre 1920.

Verwaltungskosten des Vorstandsvorstandes waren im Jahre 1913 65069 Mh. oder 1,7 Proz. der Jahresbeiträge und im Jahre 1920 550225 Mh. oder 5,3 Proz. der Jahresbeiträge zu verzeichnen. Auf je ein Mitglied entfielen demnach auf dieses Konto im Jahre 1913 1,83 Pf., also nicht ganz 2 Pf. wöchentlich, und im Jahre 1920 für den gleichen Zweck 14,3 Pf. wöchentlich. Unter diesen Verwaltungskosten des Vorstandsvorstandes sind jedoch neben der Entlohnung aller in der Hauptverwaltung beschäftigten Personen noch Aktialkosten und Reisekosten, ferner Druck- und Buchbinderkosten (letztere beide Posten allein im Jahre 1920 mit 315142 Mh. — 57 Proz. der Gesamtkosten) mit verrechnet.

Für Verwaltungskosten in den Gauen waren im Jahre 1913 196185 Mh. oder 5 Proz. der Jahresbeiträge und im Jahre 1920 987056 Mh. oder 9,6 Proz. der Jahresbeiträge zu verrechnen. Diese Steigerung erklärt sich aus der Erhöhung der sogenannten Verwaltungsprojekte, die letzten Endes wieder einer wesentlichen Entlastung der Mitglieder bezüglich der Gaubeiträge gleichkommen; weshalb größtenteils auch die Steigerung der letzteren fast durchweg in sehr mäßigen Grenzen gehalten werden konnte.

Sonstige Ausgaben des Vorstandsvorstandes waren im Jahre 1913 für die Danziger Generalkonferenz, Gauvorsteherkonferenz, Sitzungen des Tarifausschusses, Tarifamtsträger, Internationales Buchdruckersekretariat, Verband der Typographischen Gesellschaften, Schriftführerkongress Hamburg, Tarifberatungen der Schriftgießer in Frankfurt, Beitrag für die Generalkommission der Gewerkschaften, Unterstützung anderer Gewerkschaften, Graphische Weltausstellung, Zuschuß für den „Korr.“ usw. mit insgesamt 145058 Mh. oder 3,8 Proz. der Jahresbeiträge zu verrechnen. Im Jahre 1920 beliefen sich diese „Sonstigen Ausgaben“ für Konferenzen, Kongresse usw. (Nürnberg Generalversammlung und Spartenkongresse), Beiträge für andere Einrichtungen, besondere Anwendungen an die Gauen, Unterstützungen an andre Einrichtungen, Zinsen, Bankspesen, Bureaueinrichtung, „Korr.“-Zuschuß usw. auf insgesamt 2449796 Mh. oder 23,8 Proz. der Jahresbeiträge.

Die Ausgaben für den „Korrespondent“ erforderten im Jahre 1913 einen Zuschuß von 41912 Mh. oder 1,1 Proz. der Jahresbeiträge. Im Jahre 1920 betrug der Zuschuß aus der Verbandskasse 1332093 Mh. oder 12,7 Proz. der Jahresbeiträge. Auf welche Veränderungen diese Steigerung zurückzuführen ist, ergibt sich aus folgender Gegenüberstellung: Im Jahre 1913 betragen die Einnahmen aus Abonnements 0,6 Proz., aus Inseraten 7,3 Proz., aus Vertriebsmitteln 1,9 Proz. oder insgesamt 9,8 Proz. der Gesamtausgaben. Im Jahre 1920 dagegen betragen die Einnahmen aus Abonnements nur 8,1 Proz., aus Inseraten nur 1,5 Proz., aus Vertriebsmitteln nur 0,3 Proz. oder insgesamt nicht einmal

ganz 10 Proz. der Gesamtausgaben. Die Ausgaben dagegen zeigten folgende Veränderungen: Im Jahre 1913 erforderten Redaktion und Expedition eine Gesamtausgabe von 13004 Mh. oder 9,3 Proz., Literatur und Bestellgeld 705 Mh. oder 0,5 Proz., Druckkosten 91382 Mh. oder 64,6 Proz. und Papierkosten 37694 Mh. oder 25,3 Prozent der Gesamtausgaben für den „Korr.“. Im Jahre 1920 dagegen betragen die Ausgaben für Redaktion und Expedition (Postaufstellung) 70145 Mh., also etwa das Fünffache der Ausgabe von 1913, oder 4,7 Proz. der Gesamtausgaben, Literatur und Bestellgeld reduzierten sich mit 3272 Mh. im Jahre 1920 auf 0,2 Proz., die Druckkosten mit 821753 Mh. machten 55,6 Proz. der Gesamtausgaben und die Papierkosten mit 569261 Mh. stiegen auf 38,5 Proz. der Gesamtausgaben. Sonstige Ausgaben, wie Lokalmiete, Heizung, Beleuchtung usw., mit 5448 Mh. oder 3,7 Proz. im Jahre 1913, ergaben für das Jahr 1920 mit 13147 Mh. 0,9 Proz. der Gesamtausgaben. Die Postgebühr machte nach dem Erlaß vom Jahreschlusse 69 Pf. in 1913 für ein Exemplar im Jahre aus, 1920 dagegen 1,20 Mh. Zusammenfassend ergibt sich, daß die Ausgaben für Redaktion und Expedition unseres Verbandsorgans gegenüber dem Jahre 1913 im Jahre 1920 um das Fache, für Literatur und Bestellgeld um das 4,6fache, für Satz und Druck um das 8fache, für Papier um das 15,1fache und für „Sonstiges“ um das 2,4fache gestiegen sind. Dabei wäre noch zu beachten, daß der Umfang des Jahrganges 1913 unseres Verbandsorgans mit 954 Seiten jenen von 1920 um 118 Seiten überstieg, also erheblich mehr und auch besseres Papier und mehr Satzstunden in Frage kamen; die Auflage beider Jahrgänge belief sich auf 49300 in 1913 und 54000 in 1920 (je am Jahreschlusse). Auf die Jahresbeiträge umgerechnet erforderte der „Korr.“ im Jahre 1913 einen Zuschuß von 1 Proz. oder 1,03 Pf. wöchentlich; im Jahre 1920 betrug der Zuschuß aus der Verbandskasse 12,9 Proz. oder 34,83 Pf. wöchentlich, wovon 21,5 Pf. allein auf Druckkosten und 13,33 Pf. auf die Papierkosten entfielen.

Als neuer Aktivposten in prinzipieller Hinsicht muß die im Jahre 1920 erfolgte Gründung und Angliederung der Lehrlingsabteilung bezeichnet werden. Die Lehrlingsabteilung des Verbandes ist definitiv am 1. Oktober 1920 in Kraft getreten. Die Zahl ihrer Mitglieder betrug am Ende des Jahres 11650. Der „Jugendbuchdrucker“ als offizielles Organ der Lehrlingsabteilung kommt an deren Mitglieder unentgeltlich zur Verteilung und erfreut sich großer Beliebtheit in seinem Leserkreise. Der finanzielle Boden dieser Jugendorganisation ist ein gesunder. Im letzten Quartal anging 44754 Mh. an Beiträgen, ein, wovon nach Abzug aller Ausgaben 3429,86 Mh. als Fonds auf die neue Jahresrechnung übernommen werden konnten.

So interessant und lehrreich auch eine weitere Spezialisierung des prinzipiellen und materiellen Wirkens unseres Verbandes an der Hand des Jahresberichts für 1920 wäre, so zwingt uns doch die Zeit, in der wir leben, wie auch die Kostenfrage, es bei vorliegenden Auszügen und Ergänzungen bewenden zu lassen. Zum Überlegen und Nachdenken der vorstehenden Art bietet der Jahresbericht für alle, die eines guten Willens sind, so viel Anregung, daß es nur im Interesse jedes einzelnen liegen würde, wenn er sich an der Hand dieses Führers durch das rauhe Land der realen Tatsachen davon überzeugen könnte, welche Feldarbeit in der so oft und stark verpöhlten Gewerkschaftsarbeit steckt. Denn nach unserer Auffassung liegt der Schlüssel zur Lösung der Forderung für eine bessere Lebens- und Wirtschaftsordnung nur in einem tieferen und breiteren Verstehen gewerkschaftlicher Solidarität und prinzipientreuer Tagesarbeit; aber nicht nur der Führer, sondern mehr und mehr am Verständnis der großen Masse, die immer nur die Führer und die Erfolge haben kann und wird, die sie sich als eigener Erkenntnis wählt und erstrebt. In diesem Sinne stellt der Jahresbericht unseres Verbandsvorstandes für 1920 nicht nur einen Meilenstein an unserm harten, steinigen Lebens- und Arbeitspfad dar, sondern auch einen Wegweiser, der uns nicht irreführen kann, wenn wir wissen, was daraufsteht und was er bedeutet!

Die Linkeische Arbeitsgemeinschaft

Im Artikel „Arbeitsgemeinschaft“ des Kollegen Linke in Nr. 59 des „Korr.“ darf einiges nicht unwidersprochen bleiben. Am den Schluß des L.H. des Artikels gleich vorweg zu nehmen: Wenn wir das Wort Arbeitsgemeinschaft wörtlich nehmen, so ist doch wohl die gemeinsame Arbeit aller darunter zu verstehen. Kollege L. meint nun, wenn auf der Grundlage der jetzt bestehenden Arbeitsgemeinschaft eine Einigung in Deutschland zustande käme, so käme das dem größten Teile gleich, denn je ein Volk über ein anderes erringen könnte. Angenommen, der vorerwähnte Fall würde eintreten und Deutschland würde den von L. angeführten Aufschwung über andre Völker nehmen (was übrigens auch auf Grund außenpolitischer Faktoren: Reparationen, Anti-Dumpinggelebe

der verschiedenen Länder, Ausfuhrabgabe usw. unmöglich ist), ganz davon abgesehen, daß dies nur unter unerhöht verstärkter Ausbeutung der jetzt schon fast im Grunde verknüpfen Weltmärkte geschehen konnte, würde die Aufschwung doch zweifellos (in der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung logar naturnotwendig) zu neuem Steigen um die Eroberung des Weltmarktes und alles, was mit verbunden ist, führen: Suche nach neuen Absatz- und Rohstoffgebieten (Kolonien), und damit zu neuem Streben. Ich hoffe nicht, daß dies der Wille von Linke ist, es gleich man es nach einigen gebrauchten Redewendungen vermuten könnte. Da wir ein Industrieland, mithin auf Ein- und Ausfuhr angewiesen sind, der Aufschwung im Sinne L. aber wieder nur möglich ist durch eine entsprechend starke militärische und maritime Macht, so ist der gezeigte Weg des Kollegen L. doch utopischer, wenngele er sagt, „daß darin nicht gemacht werden soll“.

Gehen wir uns nun die Manipulationen in bezug auf gemeinsame Arbeit bei der Gegenleistung an, so stellen wir eine fortwährende Sabotage der Produktion fest 1918. In Bergwerken und Fabriken werden neue, große Fortschritte darstellende Erfindungen nicht angewandt, aus Spekulation und gemeiner Raffschick. So schlägt auch die vom Kollegen L. gepriesene Initiative des Privatkapitals in das Gegenteil um. Weiterhin besteht auf der Gegenseite die feste Absicht, den von ihr auszubringenden Teil der Reparationsschuld recht klein zu gestalten. Ein Mittel hierzu ist verstärkte Ausbeutung des Proletariats (Lohnabbau bzw. kein Aufbau bei Steigerung der Lebensunterhaltskosten sowie Arbeitszeitverlängerung). Beschlossene und angeordnete Maßnahmen der Regierung besätigen dies was übrigens auch der „Korr.“ in Nr. 62 erwähnt. Da jede Regierung, wie L. ganz richtig sagt, der Ausbruch (und die Ausübung) der Macht einer Klasse ist, so ist nur von einer Regierung, welche die Klasse des Proletariats verhört, zu erwarten, daß sie nicht die Reparationsschuld auf uns abwälzt. Auf Grund all dieser Tatsachen ist eine Arbeitsgemeinschaft nur möglich, wenn wir, das Proletariat, immer diejenigen sind, welche sich zurückdrängen lassen. Die „Arbeitsgemeinschaft“ ist immer dann gestört, wenn wir als Klasse darauf bestehen, uns in bezug auf unsern Lebensunterhalt den Status quo zu erhalten; ganz davon abgesehen, den Status quo ante zu erreichen. Denn von Staats wegen ist unsererseits eine nennenswerte Unterstützung in diesen Verhandlungen nicht zu erwarten, da „der Staat das Produkt der Unverfänglichkeit der Klassen gegenüber ist“, ein Apparat der herrschenden Klasse zur Unterdrückung der andern. Der Wille zur Arbeit ist zur Genüge bewiesen vom Proletariat seit 1918; wie ist es aber bei der Gegenseite? Nach alledem ist die gemeinsame Arbeit aller erst zu erwarten, wenn der Arbeitszwang eingeleitet ist.

Im übrigen halte ich einzelne Gedankengänge des Artikels wirklich für unvereinbar mit der Auffassung eines in einer freien sozialistischen Gewerkschaft organisierten Kollegen. Gewiß wird jeder Unternehmer mehr Freude über diesen Artikel empfinden als irgendein Arbeiter. Dem Despotismus eines jeden Kollegen überlasse ich es noch, darüber zu urteilen, daß der Artikelsschreiber die farbigen Befehlstruppen der Franzosen (die doch wahrhaftig unerschuldet sind an ihrem Aufenthalt in Deutschland) nach Art der Stimmensprelle als „schwarze Pest“ bezeichnet. Höchst a. M. Paul Boehler.

„Phantastereien“

nannte die Redaktion des „Korr.“ meine Ausführungen in Nr. 59. Da man auch sonst auf den Inhalt des Artikels nicht eingegangen ist (von dem vorstehenden Artikel hat Kollege Linke keine Kenntnis gehabt. Red.), sei mir einiges zu den „Phantastereien“ zu sagen gestattet.

Seit 1889 kenne ich mich zum Sozialismus; bin heute noch politisch organisiert. Die schönsten Ideale, die erreichbar waren, trugen mich vorwärts. Leider lebte ich schon der Neulandkämpfe, wie die meisten Ideale durch die harten Tatsachen verwinden. Nach Verlust dieses wirtschaftlichen, für die damaligen Verhältnisse riesigen Kampfes wurde uns größere Betätigung auf politischem Gebiete gepredigt. „Erringung der politischen Macht“, das war das hohe Ziel.

Und wie ist es heute? In dem Augenblicke, da man das freieste aller Völkereiche, den Allfünftendtag und sogar die Regierungsgewalt besaß, kam mit diesen Freiheiten der Nachzügler zum Vorschein. Mit diesem aber auch das Bedürfnis, die Gewerkschaftsführer von der politischen Führung abhängig zu machen.

Viele Zerissenheit in der Arbeiterbewegung ergab dann den gerade aus diesen Reihen erwachenden Ruf: „Die Reaktion ist da!“ Das war mehr Feldgeschrei, die Schwäche zu verdecken, als Wirklichkeit.

Ich habe immer beide Teile: Partei und Gewerkschaft, nach bestem Können unterstützt, entsprechend dem Anspruchs Bismarcks: „Partei und Gewerkschaften sind eins!“ Hülfe sich die Partei am Tage der Verherrlichung der politischen Gewalt auf den Boden der gegebenen Verhältnisse gestellt und nicht, getrieben von der äußersten Linken, neuen Zielen nachgestrebt, viel eher aber die Gewerkschaften zu mächtigen, einigen Organisationen ausgebaut, mit rechtsgerichteten Karren usw., so wäre die Gerechtigkeit der Reaktion unmaßig gewesen. Wie mancher wäre für immer Anhänger einer wirklichen Demokratie geblieben, der die Erringung einer rechtsgerichteten Regierung als die Einführung einer Diktatur von links an Stelle der von rechts herbeiziele und daher — andre Wege ginge. Er war tatsächlich!

Die Entwicklung der Arbeiterbewegung lehrt doch, daß die Gewerkschaften die praktische Seite der poli-

stehen Partei sein müßten. Soll die ganze Arbeit, die auf diesem Gebiete geleistet worden ist, noch Wert haben, so muß die Arbeiterklasse, die doch die Mehrheit der Bevölkerung darstellt, beweisen, daß sie nicht nur das Gedächtnis, Eindrücke, die der alte Staat geschaffen, zu übernehmen, sondern auch aus sich heraus ins Leben zu rufen vermag, was sie fordert.

Wenn daher auf meine Eingabe an den Aktionsausschuß der deutschen Gewerkschaften (eine uns unbekannte Körperschaft, Red.) in seinerzeit dieser schrieb: „Dazu sind unsere Mitgließer noch nicht reif“, so halte ich dafür: Die Führer haben die Pflicht, diese Reife herbeizuführen.

Das ewige Aneinanderreiben des unvollständigen Sozialismus, die Sozialisierung, die reinsozialistische Regenerationsform und sonstige schöne Forderungen sind — „Phantastereien!“ Das aber, was ich will, ist praktischer Sozialismus, ist erreichbar, wenn wir wollen oder besser gesagt, wenn wir es verstanden.

Leipzig. Karl Linke.
Anmerkung der Redaktion: Kollege Linke ist recht spät (2. Juni) mit einer Erwiderung gekommen, wodurch die Aufmerksamkeit der allerdings in einem Zustande von ziemlichem Einengungen, hiermit in Zusammenhang stehenden Entwürfen der Stellenliste und dem ich verzeihlich; sie liegen in nächster Nummer. Dem Kollegen Linke wollen wir nur sagen, daß das an einer Stelle von uns gegen ihn gebrauchte Wort „Phantastereien“ sich nicht auf seinen ganzen Artikel, sondern auf einen kleinen Teil seiner Ideen beziehen sollte. In Nr. 14 ist unter uns auf der ersten Seite in der mittleren Spalte eine längere Stellung mit den Linke'schen Ausführungen erfolgt.

Die Befreiung der Arbeiterklasse . . .

Die deutschen Arbeiter, organisiert im ADGB, und in der MA, stellen eine Macht dar, wie sie so sichtbar in keinem zweiten organisatorischen Gebilde zum Ausdruck gebracht wird. Rund zehn Millionen freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter, wenn sie mit ihren wahlberechtigten Angehörigen bei der nächsten Reichstagswahl ihrem einheitlichen Willen Ausdruck verleihen würden, könnten jeden Gesetzenwurf so gestalten, wie er für die schaffende Menschheit nützlich und wirksam wäre. Sie würden in Deutschland herrschen und wären imstande, alle sozialen Fragen in ihrem Sinne zu lösen. Zwar macht sich ihr Einfluß schon jetzt auf allen Gebieten geltend, doch nicht in dem Maße, wie es erforderlich wäre, um aus dem Staate mit den demokratischsten Einrichtungen eine Arbeiterdemokratie zu bilden.

Der Grund dieser Rückständigkeit liegt in der vielfachen Spaltung der politischen Vertretung der Arbeiterklasse. Schon in den letzten Lebensjahren unseres August Bebel mußte dieser seinen großen persönlichen Einfluß aufwenden, um wenigstens nach außen hin die sozialdemokratische Partei als einheitliches Gebilde erscheinen zu lassen. Der Arbeiterklasse fremde, in bürgerlichen Anschauungen erzogene Leute, zwar mit gutem Willen ausgestattet, doch nicht einflussreich; auch in die Ränge des Arbeiters hineinzukommen, hatten es leicht, auf Grund ihrer Befähigung und ihrer besseren Schulung irgendein Mandat in der Arbeiterbewegung zu erlangen, Parteimitglied konnte man ohne Prüfung jeden Tag werden — und sie waren es, die den Reim zu den heutigen Zuständen gelegt haben.

Es kam der Streit, mit ihm die offene Spaltung der sozialdemokratischen Partei, und der Spaltung folgte nun ungehindert weiter seine Tätigkeit ausüben. Er tat dies auch in einem Maße, das man heute mit tiefstem Bedauern feststellen muß: die Arbeiterklasse ist ohnmächtig, sie ist jeden direkten Einflusses beraubt. Eine bürgerliche Mehrheit im Reichstage ist das Werk dieser Tätigkeit, die besonders nach Ausbruch der Märzrevolution im Jahre 1918, von politischen Söldnern Revolution genannt, in Erscheinung trat.

„Politiker“ tauchten in Scharen auf wie das berittene Mädchen aus der Fremde; man wußte nicht, woher sie kamen, und heute sind sie zum großen Teil wieder verschwunden und vergessen. Doch der Zweck ist erreicht: sie haben ihr Gift verpflanzt und die Arbeiterklasse auf lange Zeit hinaus zu einem Popanz gemacht, über den das Unternehmertum und der Kapitalismus nur noch lächeln und die Zeit nicht erwarten können, wo sie die Fesseln der Lohnsklaverei noch fester zu knüpfen imstande sind.

Die Befreiung der Arbeiterklasse soll das Werk ihrer selbst sein, und jetzt ist die allerhöchste Zeit, daß die gewerkschaftlich organisierten Hand- und Kopfarbeiter als solche an die Lösung dieser Frage herantreten, denn die politischen Parteien sind dazu nicht imstande. Die Mitglieder und auch ein Teil der Führer der SPD, und der USPD, würden nichts gegen eine Einigung haben, doch kann eine solche wegen künstlich herangezogener hoher Prinzipienphrasen nicht zustande kommen; eine Einigung, die sich derzeit noch an den Schuldigen, selber nicht zur Verantwortung zu ziehen, rüden wird, unter der jedoch das arbeitende Volk schwer leidet. Eine Einigung mit den Kommunisten ist ausgeschlossen. Das Maß ihrer Sünden ist übermäßig; nach der Zerstückelung der USPD, sollen auch die Gewerkschaften das gleiche Schicksal erleben; doch deren Lebenskraft ist bedeutend stärker, und es ist auf legalem Wege möglich, was versucht man es auf illegalem. Und betrachtet man die kommunistischen Witz- und ihre Brutalität, sieht man, daß bei ihnen gleich wie beim Judentum die Gesinnung sich mit solchen Menschen füllen, die ein Mitspracherecht fordern, daß jeder Sozialist und Sozialrevolutionär mit einer Wulst erreicht wird, die eben nur ein Beispiel im Judentum hat, denn muß man auch vom Arbeiterstandpunkte sagen, daß man mit Leuten, denen die Unterwerfung jeder anderen Meinung Prinzip ist, nicht paktieren kann. Im Reichstage haben sie jede Verbesserung von Gesetzen für die Arbeiter (siehe auch Betriebsrätegesetz) durch Vorklagen ihrer Mitglieder

labotiert, und nun stellen sie sich vor die Öffentlichkeit und schreiben, daß die Gesetzgebungsgewalt keine Partei haben, gerade sie es, die, wenn auch aus anderen Gründen, den Arbeitern die Position geklärt und der Arbeiterklasse den größten dauernden Schaden zugefügt haben.

Da nun eine Partei nicht Selbstzweck ist und auch nicht sein kann, da es insbesondere den sozialistischen Parteien nur recht sein müßte, wenn mit ihrer Unterstützung dem jetzigen unbilligen Zustand ein Ende bereitet werden kann, müssen sie jeden Weg begreifen, der die Arbeiterklasse in kürzester Zeit frei und von allem Ballast unabhängig macht, der ihr zu der Stellung verhilft, die sie auf Grund ihrer Zahl und ihres Selbstbestimmungsrechts zu fordern berechtigt ist. Wie schon beim Kapp-Putsch die Gewerkschaften bewiesen haben, daß einzügig und allein sie imstande sind, der Reaktion den Weg zu sperren, so müssen auch in Zukunft die Gewerkschaften die Geschicke der Arbeiterklasse in die Hand nehmen und Arbeiterpolitik treiben — Politik, die den Arbeitern zeigt, daß sie in Verfolg ihrer in kurzer Zeit das Ziel erreichen werden —, Politik, die auch die Christlichen und Nicht-Christlichen in ihren Bann ziehen und damit die Arbeiterklasse zu einem festen, unüberwindlichen Block zusammenschweißen wird, weil eben nur das Wohl der gesamten Arbeiterklasse ihr Ziel ist und Parteiinteressen ausgeschlossen werden. Dann werden auch die bürgerlichen Parteien, die bisher nur mit Hilfe von Arbeiterführern in ihrer jetzigen Stärke in die gesetzgebenden Körperschaften eingehen konnten, auseinanderfallen. Die Vertreter der Kapitalisten und Agrarier werden nur noch in einer Anzahl erscheinen, die kaum zur Bildung von Fraktionen ausreichen dürfte — und mit diesem Augenblicke ist die Bahn zum sozialen Staate frei.

Chemnitz. V. L.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Breslau. Nach Ehrung zweier verstorbenen Kollegen nahm die am 7. Juni abgehaltene Mitgliederversammlung sieben Neuaufnahmen vor und stellte nach Entlastung des Vorstandes die Kandidaten zur Neuwahl auf. Betsprochen und angenommen wurde ein Abkommen mit den hiesigen Prinzipalitäten, wonach ledige Kollegen sich bereiterklären sollen, unter Offenhaltung ihres Arbeitsplatzes auf die Dauer von sechs Monaten den Wanderlust zu ergreifen, um dafür einem Arbeitslosen Platz zu machen. Unter „Verschiedenem“ kam die hiesige Buchbinderbewegung zur Sprache und die im Verlaufe derselben erfolgte Ausperrung unserer Kollegen sowie der Hilfsarbeiter bei der Firma Ad. Senzel, weil sie sich einmüßig weigerten, die Arbeiten der Buchbinder zu verrichten. Durch einen Vergleich vor dem Karlsruher Gericht erklärte sich die Firma bereit, die zwei Tage der Ausperrung voll zu bezahlen. Erwähnt mag hierbei werden, daß schon einige Stunden nach der Aussperrung die Geschäftsstellung persönlich in andere Druckereien hauffieren ging, um ihren Satz gedruckt zu bekommen, was begreiflicherweise die gebührende Zurückweisung unserer Kollegen erfuhr.

Hannover. Maschinenmeister. — Vierjahresbericht. Etwa 30 Offsetmaschinen gelangen sich jetzt in Hannover zur Auffellung, und schon viele Buchdruckarbeiten gehen jetzt in die Offsetabteilungen. Am nun einmal den Standpunkt des Vorstandes in dieser Angelegenheit kennen zu lernen, hielt uns unser Vorstand und Geschäftsvertreter Pfingsten in der Aprilversammlung einen instruktiven Vortrag über die Mängel der Gauvorleser. Leider ist die ganze Angelegenheit nicht über Erwägungen hinausgekommen. Die Stein-drucker wollen sich selbstverständlich die neue Verdienstmöglichkeit wahren und berufen sich gern auf unser Standpunkt bei Einführung des Drel- und Vierfarbendruckes. In der Diskussion kam dann zum Ausdruck, daß die Druckerkollegen jederzeit auf dem Posten sein sollten, und namentlich bei Einführung der Maschine in kleinen Buchdruckereien, die noch keinen Steindruck hatten, Anspruch auf die Offset erheben, vor allem aber nur die Tätigsten aus unserm Berufe. Darauf gab Kollege Koch noch einige Ausführungen über den Manudruck an Hand eines Artikels aus der „Verlegerzeitung“ und einiger Druckmuster. Der Vorsitzende teilte einen Entschluß des Karlsamer zu der Frage der Resolution vom „Hannoverschen Anzeiger“ mit, der darin lautet, daß, trotzdem die beiden 64seitigen Maschinen dauern getrennt, also als viermal 32seitige laufen, nur eine tarifliche Bezahlung von sechs Maschinenmeistern für den Maschinen-saal nötig sei. Die Versammlung bewachte eine solche Rechtsprechung. — In der Versammlung vom 4. Mai begrüßte der Vorsitzende die Neuausgewählten und ließ sie in der Sparte begrüßt willkommen, sodann gedachte er, in anerkennenden Worten der Kollegen Alb. Ziermann und W. Gehre zu ihren 50jährigen Berufsjubiläen; war ersterer doch einer der Gründer unseres Vereines. Beide wurden durch Blumenpenden und Abarreichung von Ehrenurkunden erfreut. Kollege Sobko hielt sodann einen Vortrag über: „Farbenzusammensetzung“. Eine rege Aussprache zeigte, daß dieses Thema ein Feld ist, auf dem noch viel Aufarbeit unter dem Weizen des Buchdruckers steht. Einem allgemeinen Wunsch gemäß soll auch dieser Vortrag (wie ein früherer über „Farbenharmonie und Mischen von Farben“) jedem Mitgliede gedruckt eingehändigt werden. Der Vorsitzende Schaper hielt darauf einen Vortrag über: „Der Kupferstich und die Radierung“. Ausgehend von dem Kunsthandwerke der alten Waffenschmiede, schilderte der Redner eingehend dieses älteste und

vornehmste der Druckverfahren; an Hand von Künstlerdrucken und selbstgezeichneten Abzügen von Originalradierungen war es möglich, den Werdegang der so leeren und mehrfarbigen Kupferstiche darzustellen. Reicher Beifall belohnte den Redner für seine Ausführungen. — Am 8. Mai, einem Sonntag, so recht zum Wandern geeignet, machten sich die Hannoverischen Drucker auf, um die Celler Farbenfabriken zu besichtigen. Etwa 200 Kollegen hatten sich eingefunden, um einmal zu sehen, wie das Material, womit sie täglich umgeben, entsteht. Nach einem warmen Empfang am Celler Bahnhofs ging es durch die Stadt zum Schwarzwerke, woselbst vor der Besichtigung der Leiter des Werkes, Herr Scholle, einen Vortrag über: „Herstellung der Firnisse und Rube“ hielt. Nach der Besichtigung ging es dann zum Buntdruckwerk in S.-Sehlen. Nach einigen begrüßenden Worten des Herrn Hoffmann hielt Herr Dr. Gerkl einen interessanten Vortrag über: „Die Entstehung und Herstellung der bunten Farben“. Vor den Augen der erstaunten Kollegen entfaltete sich zwei weißen Substanzen Blau oder Grün oder Gelb. Recht deutlich wurde es jeder gewahr, was der Kohlenverlust durch den Friedensvertrag für uns Deutsche bedeutet; gibt doch gerade die Kohle sehr häufig den Grundstoff für die bunten Farben auch in unserm Gewerbe. Nach erfolgter Besichtigung der riesigen Anlagen und der Verkaufsbücherei fanden wir Gelegenheit, der Firma Hoffmann-Steinberg und ihren Leitern auch noch als Gastgeber bestens zu danken. — Aber „Elektromotoren und ihre Bedienung“ sprach Herr cand. electr. Tb. Ball von der Technischen Hochschule in der Turnversammlung. In lehrreicher Weise sprach der Redner über Aufbau und Wirkungsweise der Gleichstrom- sowie der Wechselstrommotoren. Durch eine rege Aussprache wurden manche nützliche Verhältnisse auf diesem Gebiete aufgedeckt und brachte so dieser Vortrag viel Neues und manchen Fingerzeig in der Hinsicht, daß für unsere Stadt über kurz oder lang mit der Einführung des Wechselstroms gerechnet werden muß und Wechselstrommotoren sehr häufig ohne Regulierwiderstand geliefert werden. Da die Eigenart unserer Arbeiter aber ein Langsam- oder Schellerlaufen der Maschinen bedingt, ist bei Neuausschaffung gleich auf dieses hinzuwirken. Unter „Technischem“ gab der Vorsitzende einige Ausführungen über die Anfertigung. Kollege Sobko erläuterte an Hand einer reichhaltigen Muster-sammlung das Prämalverfahren von der Firma Bauwühl (Leipzig). Vermittelt Schneidearbeiten und Bunt-papier ist es möglich, ein bis vierfarbige Plakate herzustellen. Eine rege Aussprache rief der Artikel des Kollegen Erbbrand im „M. L. B.“ hervor; es kam zum Ausdruck, daß der Strauß durchaus nicht so zu verwerfen ist wie angeführt, man müsse eben ein gutes, dünnes, salinertes Papier nehmen, was nicht ausreicht; bei Illustrationsarbeiten sei allerdings das Unterzucken darüber dann ein Straffer) entschieden vorzuziehen. Die Arbeit-slosigkeit unter den Druckern ist auch hier noch sehr groß (etwa 40 Spezialkollegen arbeiten in andern Berufen), was in der Hauptsache auf das fast vollständige Stilllegen der Katalogdruckereien zurückzuführen wird, die früher fast das ganze Jahr in Doppelschicht arbeiteten, sowie beschleunigte Auffstellung von Offsetmaschinen, die schon jetzt bis zu 25 Prozent unserer Arbeitskräfte schlucken. Zu dieser Versammlung waren auch die Maschinenfabrik und die Stereotypenreue sowie die älteren Druckereibetriebe eingeladen. (Wir ersuchen, künftighin den Vierjahresbericht kürzer zu halten, was namentlich von den rein fachtechnischen Angelegenheiten gilt. Red.)

Leipzig. (Maschinenmeister.) In der Versammlung vom 10. Juni gab der Vorsitzende unter „Vereinsberichten“ einige Vereinsangelegenheiten bekannt und erstattete sodann einen kurzen Bericht von der Sitzung der Maschinenkommission des Normenausschusses. Zum zweiten Tagesordnungspunkt ergab Redakteur Franzel das Wort zu seinem Vortrage: „Die Wirkung des Entenenteilungs-maltes auf unser Wirtschaftsleben“. Eingehend erklärte er, daß der Friedensvertrag von Versailles eine Fortsetzung des Krieges sei, nur mit andern Mitteln. Er schilderte die bekannte Entwicklung der Zustände seit der Unterzeichnung des Vertrags und gab die Leistungen bekannt, die wir zu zahlen haben. Er erbat die Frage zu lösen, auf welche Art dies am wenigsten schmerzhaft für die breite Masse des Volkes geschehen könne. Der Referent betonte, dies sei nur möglich, wenn aus unserer passiven Handelsbilanz eine aktive würde, zeigte aber auch gleichzeitig, wie sich dies bei den Steigerbüchern auswirken würde. Er wies zum Schluß überzeugend nach, daß nur eine Sozialisierung der Rohstoffe uns helfen könne und forderte zur Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterklasse auf, um der Verelendung der breiten Massen Einhalt bieten zu können. Größte Rube und Aufmerksamkeit während des Vortrages zeigten, daß der Referent jedem aus dem Herzen gesprochen halte, was die Versammlung durch reichen Beifall bezeugte. Nun gab Kollege Raumann seinen Bericht über die Tagung der Buchdruckerberufsgenossenschaft in Dresden, aus dem unter anderem Bemerkenswertes zu ersehen war, daß im Kreise Leipzig die Zahl der revidierten Buch-druckereien eine sehr geringe war, die erfordert, daß die Zahl Ausschäftsbeamten erhöht werden muß, wenn die Ausschäftsbehörde mit Arbeit überlastet ist. Unter „Verschiedenem“ erwähnte der Vorsitzende nochmals das Vereins-jubiläum. In der Diskussion wurde die Überschreitung der Lehrlingskontingente gestreift. Zum Schluß erbat der Vorsitzende die Versammlungsteilnehmer, für alle zukünftigen Vereinsveranstaltungen rege Agitation zu entfalten.

Leipzig. (Schriftlicher.) Eines starken Besuchs hatte sich die Versammlung am 2. Juni zu erfreuen, in der einhellig durch ein hohes Referat auf die Nützlichkeit und Vorteile der „Waffenstille“ verwiesen wurde. Der Vorsitzende machte einige Mitteilungen über den Ver-

haus der Firma C. Klobberg. Das Protokollschreiben der Zentralkommission an das Parlament betreffs Austritts der Schriftgießerei Scheller & Wiede aus dem Reichsstarb ist noch nicht erfolgt. Ferner ersuchte der Vorsitzende die Vertrauensleute, die statischen Fragebogen in allen Teilen genau auszufüllen. Ohne Aussprache wurde dem neu ausgearbeiteten Regulafor der Zentralkommission zugestimmt. Hierauf wurden die Prinzipalsanträge zur Tarifrevision der Verammlung unterbreitet. In oft dröcklicher und scharfer Weise wurde an einzelnen Anträgen Kritik geübt. Da die meisten Anträge eine bedeutende Verschlechterung einzelner tariflicher Positionen bedeuten würden, mußte ganz energisch dagegen angehängt werden. Die Anträge lassen erkennen, daß man im Prinzipalslager glaubt, mit dem Lohnabbau beginnen zu können. Dem wird die Gehilfenschaft einen festen Damm entgegenzusetzen. Auf jeden Fall werden die Verhandlungen einen ernsten und schwierigen Charakter tragen. Die Verammlung beauftragte den Vorstand, unter Sinuierung der Betriebsräte die gesamten Anträge nochmals durchzuberaten. Zum Schluß wurde noch die Wahl von Verhandlungsstellenmännern vorgenommen und dabei hervorgehoben, daß für die Fragen der Schriftschneider und Metallinienarbeiter Experten zugezogen werden sollten. Zum Ablauf unseres Lohnabkommens am 31. Juli wurde der Vorstand beauftragt, die nötigen Schritte einzuleiten.

B. Eiegnitz. Die am 4. Juni abgehaltene, nur mäßig besuchte Monatsversammlung nahm einen guten Verlauf. Nach Erledigung der sehr zahlreichen Eingänge und Mitteilungen referierte Kollege Wenke über die Kreisleitung der Graphischen Vereinigungen in Breslau. Im besonderen ging er auf die Lebrungsorganisations des Verbandes und die Lebrungsansprüche ein und gab verschiedene Richtlinien für die Tätigkeit derselben. Seine lehrerständlichen Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Der Vorsitzende machte dann Mitteilung von der Gründung eines Graphischen Kartells, dem außer unserm Ortsvereine die Buchbinder und die Druckerhilfsarbeiter angeschlossen sind. Zum Vorsitzenden des

Graphischen Kartells wurde Kollege Emil Scholz (Eiegnitz, Libenerstraße 1 III) gewählt. Nummer wurde über das Johannistfest Beschlüsse gefaßt. In der Aussprache über die diesjährige Bezirksversammlung kam zum Ausdruck, daß an dem Beschlusse, der in der letzten Bezirksversammlung im Jahre 1919 gefaßt worden ist, festzuhalten sei. Danach findet die diesjährige Bezirksversammlung in Neumarkt statt. Der Vorsitzende machte weiter von untafelichen Zuständen bei den Firmen Janzen (Eiegnitz) und Berger (Sauer) Mitteilung, wo die Lebringskalkula überprüften ist. Wegen beider Firmen sind Erhebungen bei den Tarifinstanzen eingeleitet. Festgestellt wurde auch, daß der Buchdruckereibesitzer Ernst Wagner Stellenlos Lehrer als Buchbinder und einen Buchbinder am Falten beschäftigt. Nach Erledigung interner Angelegenheiten schloß der Vorhänge die ausredend verlaufene Sitzung.

Neustadt a. d. S. (Maschinenmeister.) Am 10. Mai fand unter gutbesuchter Monatsversammlung statt. Der Hauptpunkt der Verammlung war die Diskussion über § 72 des Tarifs. Der größte Teil der Kollegen war der Ansicht, daß ein Verloß gegen den Tarif nicht stattfinden darf. Kollegen, die dagegen verstoßen, werden die daraus entsprechenden Konsequenzen zu tragen haben.

Neunklingen. Am 12. Juni feierten wir unter Johannistfest, wozu Kollege Spüher einen schwingvollen Prolog verfaßt hatte und Kollege Klein (Stuttgart) im weiteren Verlauf eine schöne Festsrede hielt, die mit der Ehrung des Betriebsleiters Christian Dölling für 50jährige Verbandszugehörigkeit abschloß. Zwei weitere Kollegen konnten noch für 25- und 30jährige Verbandszugehörigkeit geehrt werden. Gelangsvorträge, ein Theaterstück und ein kleines Ländchen füllten das Johannistfest auf das angemessene aus. — Am Vormittag fand ebenfalls in dem Saale des Hotel „Kronprinz“ Bezirksversammlung statt mit einem zeitgemäßen Referat des Gauvorsitzenden. Mögen beides, Bezirksversammlung und Johannistfest, dazu beigetragen haben, dem Geist der Kollegen zu stärken zum Wohle der edlen Sache unfres Allmeisters Gulenberg. — Der Jubilar Christian

Dölling, geboren 1852 in Pfalzgrafenweiler, verbrachte seine Lehrzeit von 1866 bis 1870 in der Buchdruckerei Gebr. Krömer (Stuttgart). Er konditionierte dann in Frankfurt und später wieder in Stuttgart, zuerst als Lehrling, dann als Hilfsfaktor. 1889 übernahm er die technische Leitung der „Allgemeinen Zeitung“ in Müden. Weitere leitende Stellen waren ihm, Neustadt a. d. Sauer, Schramberg, Böhlingen, Saarouis und seit 1918 leitend der Firma C. Fühler (Neunklingen). Überall durfte er sich der Beliebtheit bei den Kollegen erfreuen. Wenn auch manchmal schwere Zeiten über ihn hereinbrachen, so blieb er doch dem Verbands treu. Der Jubilar konnte auch in diesem Jahr auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Gebirgsbunde zurückblicken. Sein kollegiales Wesen gab er dadurch kund, daß er lange Jahre Gaukassierer des Gaues Würtemberg und im Kreise V Kreisassierer war. Die Namen der andern Kollegen sind Baretz und Spielmann.

Wesel. (Bezirk.) Unsere zweite diesjährige Bezirksversammlung tagte am 12. Juni in Goch. Einleitend fand eine zeitlichprechende Ehrung des Buchdruckereibesitzers und Kollegen G. Böhm (Kleve) aus Anlaß seiner 40jährigen Verbandszugehörigkeit statt. Der Vorsitzende Lehmann sowie unter anwesender zweiter Gauvorsitzer Böschner widmeten dem Jubilar warme Worte der Anerkennung für die Organisation geleisteten Dienste. Von Seiten des Bezirks Wesel und Ortsvereins Kleve wurde dem Jubilar ein Schreibzeug überreicht. Der Jubilar dankte herzlich für die erzielene Aufmerksamkeit und ermahnte besonders die jüngeren Kollegen, fest und treu hinter den alten bewährten Führern zu stehen. Sodann hielt Kollege Böschner ein Referat: „Rundblick über die berufliche Lage“. Von Anfang bis Ende verstand es Redner, in seinem liebedurchdrungenen Vortrage die Zuhörer zu fesseln. Der lebhafteste Beifall am Schluß bewies, daß er mit seinen Ausführungen die Teilnehmer über die Gegenwart und Zukunftsfragen zufriedenstellte hatte. Die nächste Verammlung findet in Welden statt.

(Hierzu eine Beilage.)

Uhligs Zellen-Auftragswalzen

Großer Sab (5 Walzen: 3, 7, 14, 20 und 30 mm breit) 150 M.
Kleiner Sab (3 Walzen: 7, 20 und 30 mm breit) . . . 105 M.
Einzeln Walzen, je nach Stärke, 25, 29, 34, 40 und 45 M.

Unbrauchbar gewordene Walzen werden neu bezogen!

Großer Sab (5 Walzen: 3, 7, 14, 20 und 30 mm breit) 40 M.
Kleiner Sab (3 Walzen: 7, 20, und 30 mm breit) . . . 32 M.

Porto und Verpackung werden besonders berechnet

Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G.m.b.H./Leipzig, Salomonstraße 8 / Postfachkonto 534 30

Maschinenmeister

sicher und schnell in der Ausführung zeitgemäßer, guter Druckarbeiten, selbständig arbeiten, zur Vertiefung des Falters befähigt, gesucht. Tätigen Herren, welche sich durch gute Zeugnisse und gediegene Probearbeiten ausweisen können, bietet sich angenehme und dauernde Stellung. Wegen Wohnungsmangels kommt nur lediger Herr in Frage. Angebote mit Referenzen erbitlen Pöhlner & Berber, Heidelberg.

Zwei tüchtige

Maschinenmeister

für Typograph u. B. mit längerer Praxis, sichere Anstaltskenntnis, zum 1. August gesucht. Angebote mit Referenzen an die

Verlagsgenossenschaft „Der Kämpfer“, Stuttgart-Grabow, Poststraße 34.

Tüchtiger

Galvanoplastiker

(Wachspräger und Bildhauer) in dauernde Stellung gesucht. Ausführliche Angebote mit Altersangabe, Wohnansprachen und Zeugnissen erbitlen an 156 Julius Gröbner, Stein a. Rh., Mollhestraße 127.

Typographen mit 13jähr. Erfahrung sucht Stellung zwecks Ausbildung als

Linotypsetzer

Angebote erbitlen Chr. Koch, Neudöln, Erbkstraße 21.

Monolinejeter

(auch Handjeter) sucht für sofort dauernde Stellung. Angebote mit Lohnangabe unter Nr. 64 an die Geschäftsstelle d. W.

Tüchtiger

Schweizerdegen

sucht Stellung. Off. Angebote an Andr. Hartmann, Gößlich, Post Unterleinach.

Reparaturen, Montagen

werden auf und billig ausgeführt von Ludwig Moritzen, Düsseldorf, Jordanstraße 7.

Allen, Pinzetten, Zurechtsehern, Geschenkart. Preisl. frei. Graph. Versandhaus Th. Leibius, Untertürkheim-Stuttgart, Poststr. 1.

Von den während der „Bugra“ 1914 herausgegebenen Polikarten mit dem Verbandsmonument

in noch ein kleiner Posten zum Preise von 15 Pf. für zwei Stüde (Zehndruck) abgegeben. Porto extra (bis zu 10 Stüde 15 Pf.).

Gegen Voreinsendung des Betrags auf unter Postfachkonto, Leipzig Nr. 613 23, zu beziehen von Geschäftsstelle des „Stor.“

Einzahlungen an den „Stor.“ (spondent für Deutschlands Buchdrucker“ auf Postfachkonto Leipzig Nr. 613 23

Der Versand von Hest 6 und 7

der „T. M.“ erfolgt ab 15. Juli. Die Postbezieher haben das 6. Hest ohne die Pöbner Beilage erhalten, sie wird dem Hest 7 beigelegt werden.

Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker

Segregale und Kästen

sowie Formregale, Siebregale, Waschlische, Walzen- und Farbenröhren, Galbretter usw. liefern in bester Ausführung ab Lager

Bejner & Moll, Düsseldorf, Grabow-Str. 112.

Notationsmaschinenmesser

schärfen Ludwig Moritzen, Düsseldorf, Jordanstraße 7.

Vorzügllicher, reiner

Blättertabak

(Fein- und Mittelschnitt) in 1/2 Pfd.-Packung pro Pfund 17 Mk. in 7 Pfd.-ab porto- und verpackungsfrei. Verlangen Sie Preisliste!

Tabakwaren-Engros-Verband Ostus, München, Schwantalerstraße 63.

Zusammenschluß aller nach Oberberger Benographierenden Kollegen. Erstellung von brieflichem Unterricht. Weiterbildung durch Abhalten von Preiswettbewerben. — Vereinorgan: „Mitteilungen“ mit der wichtigsten müßergültig autorisierten Beilage „Die Abzugsliste“ gegen einen Jahresbeitrag v. 2 Mk. Anfr. a. d. Vorl. Dr. Reddermann, Wolfenbüttel.

Silfiter-Net-Käse

hart, schnittfest, schmackhaft, in Brolen von etwa 9 Pfd., 6,90 Mk. per Pfd. einfach. Versp. franco jeder Poststation, Nacht. Zusende Nachbeilage. C. Krumbrücker, M. er. exp. obdule, Altrahlstedt (Eidhöll.), geg. 1910.

Bei Arbeitsmarkt, sowie kleinen Anzeigen wollen Inserenten die Paroerparnis wegen den Bel. aggleich mit beizugeben; bei Bezügen unter eine Mark Beizugmerken kein Geld annehmen. Geschäftsstelle des „Stor.“

Maschinenband

Eriedensqualität, liefern Bejner & Moll, Düsseldorf, Grabow-Str. 112.

Wer für sich oder seine Angehörigen eine Lebensversicherung abschließen will, benutze dazu nur die von der organisierten Arbeiterchaft ins Leben gerufene

Volksfürsorge

Gewerkschafts-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktivengesellschaft. Hamburg 5.

Gautschbrief

in künstlerischer Ausführung Preis 5,25 Mk.

Verlag des B.-V. d. D. B. G.m.b.H., Leipzig, Salomonstr. 8 Fernspr. 12789, Postfach. 53 430

Maschinen-, Werk- und Zeitungsetzer finden geeignete Fachlehr- bischer im Graph. Verlag St. Siegl, München 9. Katalog 50 Pf.

Silfichebiegezeugen

Schiffs- u. Verbandsnadeln

Maschinenmeister, Schriftführer, h. bei D. W. Kollege Max Wögl, Leipzig, Silfiter, Papiermühlstr. 511. Preisliste gratis.

Berrefere gesucht

an allen größeren Druckereien zum Betriebe von Werbetagen an Stiegen. Angebote an St. Siegl, München 9.

Alphabetschiffe

Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H., Leipzig, Salomonstr. 8 III (Mittelgeb.). Postfachkonto 53 430.

Alfons Artel

Am 27. August 1914 verstarb im Weltkrieg unter lieber Volo lege, der Drucker

aus Breslau, im Alter von 27 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Ortsvereine Breslau.

Freie Faktoren-Vereinigung Deutschlands

Sitz der Zentral-Kommission in Frankfurt a. M. Monat. Organisationsbeitrag M. 1.— mit der Berechtigung zum freien Bezug der F.-Z.-Mitteilungen. Wegen Anmeldung und Ausschluß wende man sich an den Vorhändigen der F.-Z., Adolff Schöffelbeck, Frankfurt a. M., Schulze-Dehlfisch-Str. 77, oder an die Kollegen für den Tarifkreis I: Carl Hermann, Dölling, Reinbäuer Landstraße 18; für den Tarifkreis II: Max Aland, Brühl-Str. 41; Tarifkreis IV: Fr. Jbrner, Stuttgart, Mühlstraße 96 a; Tarifkreis V: Georg Nucheneiter, Neugensburg, Bruderswörthstraße 14; Tarifkreis VI: Ernst Strahl, Pölnsch 1. Zb., Wohlhabstraße 10; Tarifkreis VII: Hubert Maierl, Leipzig, Selterhausen, Brandlberg Straße 13 II; Tarifkreis VIII: August Engwer, Berlin SO 36, Wiener Straße 14 a; Tarifkreis IX: Max Günther, Görlitz, Rabenberglstraße 33; Tarifkreis X: M. P. Kramer, Hamburg, Schönbweg 39 c, pl. 1; Tarifkreis XI: Carl Ruff, Brandenburg an der Havel, Wallstraße 5.

„Die Meißerprüfung im Buchdruckgewerbe“ von G. B. Lindl, Mitglied der Meißerprüfungskommission München, fünfte Beud. erwelt. Aufl. 1 25 Mk. u. 1914. Porto bei Voreinl. a. Postfachkonto 910 München.

Tüchtiger

Schriftsetzer

20 Jahre alt, ledig, in allen Sacharten firm. in bisher ungekündigter Stellung, mit gutem Zeugnis, sucht anderweitig Stellung. Besonnd wird Stuttgart und Umgebung (da Geburtsort). Offerten erbitlen unter K. W. 63 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

SETZER

Maschinen-, Linotyp- und Katalogsetzer; tüchtig und korrekt. 30 Jahre alt, ledig. Gute Zeugnisse. Off. Offerten mit Lohnangabe an Schriftsetzer S. M., b. i. Stöckisch, Essen (Rubr.), Kaupenstraße 80.

Für mittlere Buchdruckerei Badens (Schwarzwald) wird ein korrekter, stoller

Linotypsetzer für Adakt in qual. Stellung gesucht. Offert u unter Nr. 59 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbitlen.

Linotypsetzer

für Adakt gesucht! Angebote mit Leistungsangabe und Wohnangabe an 61 Buchdruckerei Richard Sach, Oberan i. Sa.

Tüchtige Linotypsetzer

in dauernde Stellung gesucht. 160 S. P. Schmitt, Mainz.

Tüchtiger

Typographsetzer

für baldigen Eintritt gesucht. Sam- burger Wohn.

Gerner gesucht ein tüchtiger

Maschinenmeister

der das moderne Material beherrscht. Hojs. Kriegers Buchdruckerei, Blankensee b. Hamburg.

Flotter

Typographsetzer

sofort gesucht. Verlag der „Niederächsischen Volksstimme“, Sameln a. W.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig des Exemplars. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzubringen.

Beilage zu Nr. 77 — Leipzig, den 7. Juli 1921

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweils nächsten Nummer.

Zur Frage der Gebührenerhebung für Offertenbeförderung

In Nr. 60 des „Korr.“ wird in dem Artikel „Erhebung von besonderen Gebühren für Offertenbeförderung“ die Frage aufgeworfen, ob bei der von unserm Verlage beanpruchten Offertenbeförderungsgeld nicht alle Merkmale einer ungerechtfertigten Bereicherung vorliegen. Wir haben daher den Artikel einem namhaften Juristen unterbreitet, welcher uns heute das befolgende Gutachten übersandte:

Die Rechtsauffassung des Verfassers des unter obiger Überschrift in Nr. 60 des „Korr.“ erschienenen Artikels ist (soweit eine Zeitung oder Zeitschrift, die Chiffreanzeigen aufnimmt, ist zunächst den Inserenten gegenüber nur verpflichtet, die eingehenden Angebote in ihren Veröffentlichungen zu seiner Verfügung zu halten. Bezüglich der Weiterbeförderung der eingehenden Angebote an den Inserenten darf es einer besonderen Vereinbarung bedürfen. Eine solche vertragliche Verpflichtung zur Weiterbeförderung wird nun von den Zeitschriften in verschiedener Weise übernommen. Die einen verpflichten sich dem Inserenten gegenüber gegen Zahlung einer festen Offertengebühr zur Weiterbeförderung der Angebote; die andern, darunter der „Allgemeine Anzeiger für Druckereien“, übernehmen die Verpflichtung zur Weiterbeförderung gegenüber dem Inserenten von Angebots an gegen Zahlung eines Betrags zu den Beförderungsstellen in Höhe eines Prozentsatzes. In jeder Nummer des Anzeigers wird bemerkt, daß die Weiterbeförderung nur unter der Bedingung übernommen wird, daß der Inserent zu einer Offerte 60 Pf. beifügt. Wird die Bedingung nicht erfüllt, so kommt ein Betrag nicht zustande, und die für die Weiterbeförderung der Offerte nicht verpflichtet. Sie haben vielmehr in diesem Falle die Offerte lediglich zur Verfügung des Inserenten zu halten. Diese Rechtslage ist so klar, daß ein Zweifel kaum möglich ist.

Von einer ungerechtfertigten Bereicherung kann keine Rede sein. Freilich wird es vorkommen, daß mehrere eingegangene Angebote gleichzeitig befristet werden. Der Betrag von 60 Pf. dient aber nicht als Ersatz der Vorhölten, sondern ist ein Beitrag zu den Spesen der Weiterbeförderung der Angebote überhaupt. Diese Spesen übersteigen aber, insbesondere bei einem so umfangreichen Inseratenbetriebe wie dem des „Allgemeinen Anzeigers“, bei weitem den Betrag der von den Inserenten zu leistenden geleisteten Beiträge.

Zweifel in dieser Beziehung könnten aber in den Fällen entstehen, in denen eine Zeitschrift von Inserenten eine feste Offertengebühr erhebt und Angebote auf den Inserent überhaupt nicht einbringt. Aber auch in diesem Falle ist keine ungerechtfertigte Bereicherung vor, denn der Inserent zahlt die Offertengebühr auf Grund des Vertrags gegen die Verpflichtung der Zeitschrift, eingehende Angebote weiterzubefördern, ganz ohne Rücksicht darauf, ob wenige oder viele Angebote eingehen. Auch die Offertengebühr dient zur Deckung der Gesamtspeisen der Weiterbeförderung. Ebenso wie bisweilen keine Offerte eingehen mag, besteht auch die Möglichkeit, daß zu viele Offerten eingehen, daß die Offertengebühr allein zur Deckung der Portospeisen bei weitem nicht ausreicht.

Bei einem Vergleich der beiden Verfahren ergibt sich ohne weiteres, daß das Verfahren des „Allgemeinen Anzeigers“ das gerechtere ist. Da eine Zeitschrift die Kosten der Weiterbeförderung der Angebote nicht ganz selbst tragen kann, scheint der Verleger des „Korr.“ selbst zuzugeben; nur ist er der Meinung, daß der Inserent diese Kosten tragen soll. Wollte in diesem Falle die Zeitschrift die Kosten der Weiterbeförderung jedesmal nach Aberlieferung von Angeboten nachträglich erheben, so ergäbe sich ein viel zu unbilliges Verfahrensergebnis. Die Zahlung einer Offertengebühr aber enthält für den Inserenten insofern häufig eine Ungleichheit, als dieser Zahlung in dem jeweiligen Falle keine Stellung der Zeitschrift gegenübersteht, daß überhaupt kein Angebot eingibt. Es ist daher nicht nur zweckmäßig, sondern auch gerechter, wenn die Zeitschrift, wie es der „Allgemeine Anzeiger“ tut, mit dem Inserent einen Vertrag dahin abschließt, daß sie sich diesem gegenüber zur Weiterbeförderung der Angebote verpflichtet, gegen den Inserent einen kleinen Beitrag zu den Kosten der Weiterbeförderung zu leisten hat.

Wir wollen als Ergänzung hierzu nur noch darauf hinweisen, daß vor allen Dingen bei Pokalstellungen die Verhältnisse ganz anders liegen als bei Sachzeitschriften, da in ersterem Falle die Offertenvermittlung im allgemeinen ja nur in der Ausbändigung der einlaufenden Offertenbriefe an die Adressen in der Expedition besteht, während bei den Sachzeitschriften fast durchweg die einlaufenden Angebote neu kuvertiert, adressiert und frankiert werden müssen. Es ist deshalb auch auf unserer Expedition ein Beamter fast ausschließlich mit dieser Arbeit beschäftigt, so daß zu den eigentlichen Portospeisen noch die sich aus obigem ergebenden Verwaltungsspeisen hinzukommen. Es findet zudem selbstverständlich kein Aufkommen der einlaufenden Angebote statt, sondern sie werden täglich weiterbefördert. Wir sind überzeugt, daß in umgekehrten Fällen, wenn wir, wie beispielsweise die „Papierzeitung“, von dem Zulieferer der Anzeige ein für allemal eine Offertengebühr von 4 Mk. verlangen würden, die zahlreichen Gebißen, welche in unserm Anzeiger Stellengesuche aufgeben, sich wohl noch häufiger beschweren würden, da doch nicht alle Anzeigen von Erfolg sind. Es kann mithin vorkommen, daß mehrere Gebißen trotz der extra eingekauften Offertengebühr von 4 Mk. kein einziges Angebot erhalten. In diesem Falle würde doch gewiß mit dem gleichen Recht an eine Herausgabe der nicht verwendeten 4 Mk. seitens des Verlags gedacht werden können.

Des weiteren wollen Sie nicht vergessen, daß sich die Chiffreangebote nicht nur auf den Stellenmarkt, sondern auch auf Gelegenheitskäufe aller Art beziehen, und da ist es ganz und gäbe, daß Vermittler aller Art hohle alle Allgemeinofferten häufig in Doppelbitter einbringen, deren Weiterbeförderung ungeheure Kosten verursacht, die mit einer leistungsfähigen Offertengebühr von etwa 3 bis 4 Mk. auch nicht annähernd gedeckt werden könnten.

Die Frage, welche Art der Einleitung der Offertengebühren die gerechtere ist, wird nun schon seit etwa 40 Jahren immer von neuem aufgeworfen und die Stimmen, die sich für die eine oder andere entscheiden, halten sich un-

gelebrt die Waage. Wir können nur das Obengesagte nochmals wiederholen, daß gerade, was die Gebißen betrifft, die ja sowohl auf Chiffreanzeigen Angebote einreichen als auch selbst in umfangreichem Maße Anzeigen unter Chiffre aufgeben, die Unzufriedenen unter ihnen in jedem Falle Grund zur Kritik finden werden. Daß wir aber bei der ganzen mühevollen Offertenvermittlung keinen Abschub erzielen, sondern regelmäßig eine erhebliche Zubehaltung erzielen, können wir jederzeit aus unsern Büchern nachweisen.

Sachachtungsvoll

Verlag des
„Allgemeinen Anzeigers für Druckereien“
Killich & Co.

Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ hat sich mit der in Frage stehenden Einbindung im „Korr.“ ebenfalls beschäftigt. Sie erklärt, im Gegensatz zu vielen Zeitschriften und Fachzeitschriften keine besondere Gebühr zu erheben. Das erhebene Porto dient lediglich zur schnellsten Aberlieferung eingehender Offerten; es werden keine Sammelungen daraus gemacht. Bei kleinen Stellenangeboten kann es eintreten, daß eine ganze Anzahl von Offerten eingibt. Die Inserentkosten würden dann weniger ausmachen als das Porto für die Offertenübermittlung. Es entständen hierbei ja auch noch Ausgaben. Damit kann die Angelegenheit erledigt sein. Die Erklärung unter Geschäftsstelle in Nr. 55 zeigt jedem an, daß die Forderung des „Korr.“ doch am einfachsten und billigsten ist. Die Redaktion.

○○○○○ Rundschau ○○○○○

Tarifmäßiges Stellengesuch. Ein aus Straburg i. C. ausgeleitener junger Drucker, hauptsächlich an großen Schnellpressen mit Anlegeapparaten tätig gewesen, sucht Stellung durch das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.

Nachahmerteswertes Beispiel. Aus Anlaß ihres 50jährigen Geschäftsjubiläums zahlte die Buchdruckerei Eisner in Berlin dem technischen Personal je nach Dauer der Geschäftszugehörigkeit 50-500 Mk. aus.

Neue Druckpapierpreise. Wie der „Zeitungsverlag“ in Nr. 26 berichtet, wurde im Verlaufe von Verhandlungen zwischen Zeitungsverlegern und den Druckpapierfabrikanten der Druckpapierpreis für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1921 um 10 Mk. pro 100 kg senkt, so daß sich die Preise für diesen Zeitraum immer noch auf 309,50 Mk. pro 100 kg für Rollenpapier und 317,50 Mk. pro 100 kg für Formatpapier über den Friedenspreis hinaus stellen werden. Außerdem sollen die Bemühungen des Vereines Deutscher Zeitungsverleger fortgesetzt werden, um eine weitere Senkung des Druckpapierpreises u. a. durch Herabsetzung der Frachtarifhöhe für das Druckpapier, die eine Ermäßigung von 10 Pf. für das Kilo bewirken würde, sowie durch sonstige Maßnahmen herbeizuführen. Viele Papierpreissenkung ist also ein Produkt „gütlicher“ Vereinbarung zwischen Produzenten und Zeitungsverlegern, nachdem offizielle Verhandlungen der zuständigen Untersuchungskommission bis jetzt ausfallenderweise zu keiner Verständigung führen konnten. Außerhalb hinderlich erweist sich bei allen diesen Verhandlungen das Bestehen der Papierfabriken, die Preisgestaltung auf der Basis der weniger günstig produzierenden Papierfabriken aufzubauen. Auch die hohen Holzpreise der letzten Jahre, die geradezu als Wucherpreise bezeichnet werden müssen, stehen einer stärkeren Preislenkung immer noch sehr hemmend im Wege, da manche Papierfabriken noch große Vorräte dieses teuren Holzes besitzen und nun erheblichen Schaden erleiden, wenn die gegenwärtigen niedrigeren Holzpreise als Maßstab für den Papierpreis angelegt würden. Dazu kommt nun noch, daß anscheinend wegen der Lieferungen der Holzhändler im Rahmen der „Wiedergutmachung“ die Holzhändler immer noch an verhältnismäßig hohen Preisen festhalten. Wie lange dies allerdings noch möglich sein wird, ist sehr unsicher, da sich die Holzvorräte der Forstverwaltungen immer mehr anhäufen, so daß in absehbarer Zeit mit einem Überangebot an Holz zu rechnen sein wird, wenn in der Wucherpolitik auf dem Holzmarkt nicht alsbald ein Umbruch eintritt. Vorläufig kostet nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge das Kilogramm Zeitungsdruckpapier 3,30 Mk.; und von den Bemühungen des Interaktionellen Reichstagsausschusses wird es noch abhängen, durch eine anderweitige Frachtarifsenkung für Zeitungsdruckpapier eine weitere Papierpreissenkung zu erzielen, damit nicht die Notlage der Presse noch erheblich verschärft wird.

Vor dem Ende der Amtsblätter. Im Hauptausschuß des Preussischen Landtags wurde auf Grund eines sozialdemokratischen Antrags beschloffen, alle noch bestehenden Verträge mit Kreisblättern zu kündigen. Dieser Beschluß ist unter der neuen Zeit verständlich und hätte aus Gründen der Pressefreiheit schon eher geschehen sollen. Ein großer Teil der amtlichen Blätter hatte sich auch in das Joch der Rechtsparteien gefangen, also gegen die Regierung gearbeitet, was die Aufhebung der Verträge um so eher notwendig machte. Dazu kommt, daß schon zu Friedenszeiten andre Zeitungen, insbesondere die Arbeiterpresse,

aus nabellegenden Gründen die Günstlinge der damaligen Regierung in Aufzählung und um Umfang teilweise übermäßig hatten. Heute ist der Unterschied geradezu kraß, so daß die Verwendung aller oder der am meisten verbreiteten Blätter zur Publikation allseitig eingehend werden muß. Die Kreisblätter wurden meistens auch nur auf Grund ihrer Eigenschaft als amtliche Publikationsorgane gehalten, welchem Umstande sie ihre Abonnentenzahl verdankten, weniger des redaktionellen Selbes wegen, der unter der Fuchtel der vorkommenden Regierung stand. Die Pressefreiheit wird durch die Aufhebung besser gewahrt.

Behördlich gebildete Umgehung eines Zeitungsverbot. Zur Verhütung der Bevölkerung Münchens nach der Ermordung des bayerischen Landtagsabgeordneten Garetz verbot die bayerische Regierung den „Börslichen Beobachter“, der in Hinblick auf nationale Vergebung geradezu haarsträubende Leistungen vollbrachte. Nun stellt sich jedoch heraus, daß die verbotene Zeitschrift sofort durch ein neues Blatt unter dem Titel „Der Nationalsozialist“ ersetzt wurde, und zwar soll, wie durch die „Deutsche Zeitung“ bestätigt wird, das „neue“ Blatt nur für die Dauer des Verbots erscheinen und dann wieder eingehen. Wir haben keine Sympathie für irgendwelche Zeitungsverbote, nur glauben wir, daß die bayerischen Behörden ein solches Umgehen amtlicher Zeitungsverbote mit allen Mitteln zu verhindern suchen würden, wenn es sich um ein Arbeiterblatt handeln würde. Hier aber, wo ein Blatt in Frage kommt, das der Zeitigung unbehaglicher Regierungen kritischer blickt, heißt es, ja Bauer, das ist was ganz anderes.

Kommunistische Zeitungen und Zeitschriften. Nach Sowjetland flieht Norwegen an erster Stelle, wo 43 Zeitungen und Zeitschriften herausgegeben werden. Dann folgen Deutschland mit 37, Schweden mit 23, Südschweden und Tschechoslowakei mit je 18, Vereinigte Staaten mit 14, Bulgarien mit 13, Dänemark, Deutschösterreich und Frankreich mit je 8, Italien und Schweiz mit je 7, Finnland und Griechenland mit je 5, Holland mit 4, Litauen mit 3 und Dänemark mit 2. England, Spanien, Belgien und Rumänien haben nur je eine kommunistische Zeitung. Ein Teil dieser Blätter erscheint illegal.

Zu Tode gefesselt. Der Buchdruckerbesitzer Kille und sein Faktor Koll in Myslowitz wurden auf grundlose Verdächtigung zweier polnischer Mädchen hin von den polnischen Injuranten verurteilt und hinfällig mißhandelt und gemartert. Kille erlag den Folterqualen und wurde in einem Rumpel in der Nähe der Morbstelle aufgefunden, während Kille es gelang, noch lebend davonzukommen.

Neuen Käufern als Substanz des Buchbinderverbandes. Am 1. Juli d. J. waren 25 Jahre verfloßen, seitdem der derzeitige Vorsitzende des Deutschen Buchbinderverbandes als Angestellter seiner Berufsorganisation gewählt wurde. 23 Jahre war er als Verbandskassierer tätig, bis er vor zwei Jahren als Nachfolger Kolls zum Verbandsvorsitzenden auserkoren wurde. Der Substanz ist ein offener, ehrlicher Charakter, der mit außerordentlicher Aufrichtigkeit und Fähigkeit stets das Durchzusehen versucht, was er als richtig und zweckmäßig für seinen Verband erkannt hat.

Streik der Buchbinder in Berlin. Die Buchbinder der Geschäftsbuchbranche sind in den Streik getreten. Sie fordern nur das, was die Buchbinder in den Buchdruckerien schon haben. Die Unternehmer zeigen kein Entgegenkommen und versuchen andre Arbeitskräfte einzustellen, was verblüffert werden muß.

Lohnbewegung der Buchdruckerangestellten. Auch die Buchdruckerangestellten regen sich, um ihre Gehälter den notwendigen Lebensbedürfnissen anzupassen. In Berlin wurde schon seit längerer Zeit zwischen den Angestelltenorganisationen und den Arbeitgeberverbänden über neue Gehaltszulagen verhandelt. Die Prinzipale wollten absolut nichts bewilligen, weshalb es zu keiner Einigung kam. Da auch ein Schlichtespruch und schließlich ein Sonderabkommen zwischen einzelnen Verbänden nur geringfügige Gehaltssteigerungen zuließten, berichte beim größten Teil der Angestellten Kampfplimmung. Ob nun durch neuerliche Konzessionen die Bewegung als abgeschlossen gelten darf, das kann zur Stunde nicht gesagt werden. In München war eher Neigung zur Einigung vorhanden. Hier erzielen die kaufmännischen Angestellten im Zeitungsangewerbe rückwirkend ab 1. Mai mit Gültigkeit bis 31. August annehmbar Gehaltsaufbesserungen. Freilich immer noch viel zu gering gegenüber der enormen Teuerung.

Unausgeglichenheit in Bayern. Mit der Pressefreiheit wird in Bayern einfach Schindler gespielt. Die Polizei beschlagnahmte ein Flugblatt des „Bayerischen Wochenblattes“, das sich gegen die Treiben der deutschösterreichischen und deutschen Kreise richtet und nur dem Wiederaufbau Deutschlands durch die harmonische Zusammenarbeit aller Weltkrieger gewidmet ist. Auch in die Verlags- und Druckereien der „Münchener Post“ drang die Polizei, wo sie eine Maschine zum Stehen brachte, in der ein Flugblatt von Erhard Wuer an die bayerische Landbevölkerung gedruckt wurde. Die Pfaffen

